

Jürgen Trittin

Öko-Sozial-Liberal?

Politische Mehrheiten jenseits der Großen Koalition

Es gibt schon länger eine Mehrheit links von CDU und FDP in Deutschland. Wenig spricht dafür, dass sich dies bald ändert. Auch global, das kommt hinzu, ist der Neoliberalismus in die Defensive geraten. Die Mehrheit links von Union und Liberal begünstigt aber in einem Fünf-Parteien-Parlament eine Fortsetzung der Großen Koalition auch nach der Wahl 2009.

Während bei den Landtagswahlen 2008 in Niedersachsen, Hessen, Hamburg und auch Bayern eher die klassischen Lagerkonfrontationen CDU/FDP gegen SPD/GRÜNE dominieren dürften, denken im Bund viele über Alternativen zu einer bloßen Fortsetzung der Großen Koalition nach. Rot-Rot-Grün, Ampel oder *Jamaika* lauten die Alternativen. In allen derzeit möglichen Dreier-Konstellationen wären die GRÜNEN vertreten. Nicht alle sind aber für ihre Wähler und Mitglieder gleich akzeptabel.

Rein rechnerische Mehrheiten können eine politische Koalition nicht begründen. Koalitionen müssen in den gesellschaftlichen Milieus, Interessen und Weltanschauungen grundiert sein, die von den einzelnen Parteien repräsentiert werden – weshalb Grüne als Mehrheitsbeschaffer für eine neoliberale schwarz-gelbe Mehrheit in große Probleme geraten würden.

Ökologie und Gerechtigkeit in der Globalisierungsfalle

Beginnen wir mit einer Zeitdiagnose aus grüner Sicht und den grünen Kernanliegen. Den GRÜNEN geht es um die ökologisch nachhaltige Umorientierung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise und um die demokratische und gerechte Gestaltung des globalisierten Kapitalismus. Angesichts der Verschärfung der ökologischen Probleme, besonders augenfällig

beim Klimawandel, wollen Grüne die ökologische Modernisierung insbesondere in den Bereichen Energie und Verkehr wesentlich schneller vorantreiben.

Gleichzeitig erleben wir eine allgemeine Krise demokratischer Steuerung angesichts globalisierter Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte. Ein verschärfter weltweiter Verteilungskampf bringt gleichzeitig neofeudale Oberklassen und neue Armehäuser hervor. Global haben sich die gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse verschoben. Nichtbesitzende und nichtmobile Akteure (Arbeitnehmer, kleine Selbstständige, Arbeitslose, kleiner Mittelstand) verlieren an politischer Verhandlungsmacht gegenüber wirtschaftlich starken Akteuren (große und kleine Investoren, große und mittelständische multinationale Unternehmen, Besitzbürgertum). Das Kapital ist ein scheues Reh, so heißt es oft – in Wahrheit ist es ein dreistes Tier. Eine Sachzwang- und Erpressungslogik setzt sich durch, der die Politik – oft bereitwillig, manchmal widerwillig – nachgibt.

Das Bewusstsein für die Problematik eines international unregulierten Kapitalismus wächst überall. Mittlerweile wird sogar beim Weltwirtschaftsforum in Davos die Notwendigkeit internationaler ökologischer und sozialer Marktregulierung diskutiert. Aus dem globalen Wettbewerb wird ohne einen neuen Rahmen kein Wohlstandsgewinn für alle und keine Lösung der Umwelt- und Klimaprobleme resultieren. Die unsichtbare Hand hat sozial und ökologisch versagt, sie ist *per se* weder grün noch gerecht.

Es geht heute um eine demokratische Reregulierung des Marktgeschehens im globalen Maßstab. Das Kapital braucht neue Regeln. Es geht um die Verteidigung, ja, um die Wiedergewinnung demokra-

tischer Gestaltungsmacht über die anonyme und global ungerecht verteilte Macht des Eigentums. Selbstverständlich werden letztlich weiterhin private Akteure an Märkten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten koordinieren, doch diese Märkte müssen wesentlich effektiver geregelt sein.

Reregulierung übersetzt sich in viele Einzelfragen in den fachpolitischen Feldern. Dazu gehören unter anderem internationale Klimaschutzziele, Verbrauchsobergrenzen, Emissionshandelssysteme, internationale Finanzaufsichtsmechanismen, Sozialstandards, der Kampf gegen Steueroasen, die Demokratisierung der WTO und funktionierende multilaterale Strukturen.

Juniorpartner SPD und die Linkspartei

Die Programmpapiere von SPD und GRÜNEN sind voll mit solchen Forderungen. Auf dem Papier scheint auch klar, wer der Dritte im Bunde sein müsste – die LINKSPARTEI. Doch deren Entwicklung nach der Bundestagswahl 2005 scheint nicht auf eine realpolitische Wende hinauszulaufen. Die Mehrheit in Deutschland links von CDU und FDP bleibt so lange eine bloß arithmetische, wie sich die LINKSPARTEI einem UN-orientierten Multilateralismus und der Einbindung Deutschlands in Europa verweigert und stattdessen isolationistische und altsozialdemokratische Heilsversprechen gibt, die gelegentlich ins Nationale und Rechtspopulistische abdriften. Zwar ist eine Entwicklung hin zu einer regierungsfähigen Linken wünschenswert, aber nicht in Sicht. Die LINKSPARTEI sorgt aber durch ihr Abgreifen enttäuschter mittlerer SPD- und Gewerkschaftskader dafür, dass der SPD in der Großen Koalition eine Rolle auf Dauer sicher ist – die des Juniorpartners. Und damit stiftet sie für die SPD das Motiv, nach einer Alternative Umschau zu halten. Nur jenseits der Großen Koalition kann Kurt Beck Kanzler werden.

Dessen Faible für die FDP ist ebenso bekannt wie seine kulturell-politische Distanz zu den GRÜNEN. Letztes ist kein Hindernis für eine Zusammenarbeit. Nur weil Gerd Schröder nie ein Rot-Grüner war, konnte er der Bundeskanzler von Rot-Grün werden. Doch was ist mit der FDP in einem solchen Bündnis? Ist es vorstellbar, dass die Deregulierungspartei FDP sich zu einer Koalition gesellt, die sich eine neue sozial-ökologische Regulierung der Märkte auf die Fahnen schreibt? Man müsste es wohl anders formulieren. Was könnten die Sinnressourcen und normativen Fluchtpunkte für ein solches Ampelbündnis sein? Guido Westerwelle dürfte nur als Bundesminister den Jahreswechsel 2009/10 an der Spitze der FDP überleben, doch das dürfte als Koalitionsgrund nicht reichen.

Sozialliberal

Betrachten wir den Begriff des Sozialliberalismus nicht als Synonym für rotgelbe Koalitionen sondern in seinem ideengeschichtlichen Kern: Er kreist dann, kurz gesagt, um die Idee »gleicher realer Freiheit für alle«. Freiheit ist dabei nicht nur negativ definiert, als Abwesenheit öffentlicher Interventionen in den Privatraum der Individuen, sondern positiv, als Fähigkeit zu selbstbestimmter Lebensführung. Zu ihr müssen die Individuen – und zwar alle – durch gesellschaftliche und politische Institutionen erst in die Lage versetzt werden. Freiheit hat viele Voraussetzungen. Für das konservativ-liberale Lager in Deutschland ist sie bisher immer die Freiheit der Privilegierten vor Eingriffen in ihre Eigentumsrechte gewesen – ergänzt durch die Freiheit der Besitzlosen, auf möglichst unregulierten Arbeitsmärkten ihre Fähigkeiten zu verwerten, so sie denn gerade gefragt sind. Doch den meisten wird reale Freiheit durch Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, materielle Sicherungssysteme und Umverteilung erst ermöglicht.

Für den Neoliberalismus ist das Verteilungsergebnis des Marktes ein legitimer Ausdruck von Leistung und Wert der Einzelnen. Doch seit Jahren geht die Schere zwischen Reich und Arm auseinander. Niemand kann glaubwürdig behaupten, das gehe auf unterschiedliche »Leistungen« der Gewinner/Verlierer zurück. Man denke nur an die unermesslichen Dimensionen unverdienter Reichtumsgewinne durch Erbschaft oder gigantische Kapitalrenditen gegenüber dem vollkommen unverdienten Arbeitsplatzverlust durch Standortverlagerung.

Trotz dieser offensichtlichen Ungerechtigkeiten wollen die vielen Gewinner der deutschen Weltmarktstärke mit den Verlierern nichts mehr zu tun haben. Während in Deutschland in den letzten Jahren so viel Geld verdient und Vermögen angehäuft wurde wie nie zuvor, ist die öffentliche Debatte von einem Mantra geprägt: »Wir können uns das (die sozialen Sicherungssysteme) nicht mehr leisten.« Das

sozialethische Klima hat sich verändert.

Die einzig übrig gebliebene Gerechtigkeitsforderung, der sich alle noch anzuschließen vermögen, ist die nach »Chancengerechtigkeit«, kaum mehr »Chancengleichheit«. Doch in einem *The Winner Takes It All*-Spiel nutzt den Verlierern am Ende die Chancengerechtigkeit von der Startlinie nicht mehr viel. Man kann Marktsysteme so organisieren, dass sie wenige Gewinner und viele Arme hervorbringen während sie ökologische Folgen externalisieren. Oder man regelt sie so, dass sich ihre Dynamik in Freiheits- und Wohlstandsvorteile für alle verwandelt und in den Preisen der Umweltverbrauch sichtbar wird. Ein weiterer Rückzug des Staates und der gesellschaftlichen Solidarität in Zeiten einer wachsenden Schicht von Ausgeschlossenen, um sich greifender Verarmungsängste der Mittelschichten und zunehmend prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse ist für den Sozialliberalismus jedenfalls nicht akzeptabel.

Honoratiorenpartei FDP

Sozial- oder »Linksliberal« und emanzipatorisch orientiert sind in Deutschland vor allem die GRÜNEN. Hätte der Sozialliberalismus in der FDP eine Resonanz, dann könnte eine Ampelkoalition tatsächlich auch eine ideenpolitische Orientierung haben. Doch die FDP ist heute rhetorisch marktradikal und faktisch besitzständisch und klientelorientiert. Wettbewerb hört bei den Besitzständen der Apotheker ebenso auf, wie bei den Zwangsbeiträgen kleiner Selbstständiger für die Kammern. Auch die FDP hat gemerkt, dass der Höhepunkt der neoliberalen Meinungshegemonie überschritten ist. Einige in ihren Reihen wollen das Image der sozialen Kälte und der ökologischen Skrupellosigkeit abstreifen.

Gemischtes Konfliktbündnis

Es ist ein Vorteil einer Ampelkoalition – im Gegensatz zu einer *Jamaika*-Konstellation – dass die Konfliktlage gemischt ist. Die Mehrheit zwischen den Dreien ist nicht zementiert. Wenn man es sich aus grüner Sicht leicht macht, verweist man gern auf Bürgerrechte, Migration, Datenschutz und ähnliche Themen, bei denen Grün und Liberal sich schnell einig werden, auch gegen die Sozialdemokratie. Doch wir wissen alle, dass es der FDP mit solchen Themen nicht gelingen wird, ihren Wählern eine Ampelkoalition zu vermitteln.

Gerade, wenn die FDP eine Klientelpartei ist, würde sich die Frage stellen, was für ihre Klientel in einem solchen Bündnis herausspringt. Die Antwort könnte eher im Bereich der Mittelstandspolitik liegen. Denn die Folgen einer ungesteuerten Globalisierung bedrohen auch diese Schichten. Faire Wettbewerbsbedingungen jenseits von Kartellen oder bessere Bedingungen für Existenzgründer könnten die FDP eher an die Seite der

GRÜNEN und in Konfrontation zur SPD führen.

Doch wie weit der Weg der FDP hier noch ist, zeigt ein Bereich sehr erfolgreicher Existenzgründer der vergangenen Jahre. Die Entwicklung der Erneuerbaren Energien hat nicht nur 180.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen lassen, sondern gleichzeitig einen Boom an Existenzgründungen bis hin zu erfolgreichen Börsengängen ausgelöst. Zehntausende Handwerker und Mittelständler leben von Sonne, Wind und Biomasse. Diese Klientel haben die Liberalen den GRÜNEN kampflos überlassen, um weiter für die großen Energiemonopole und die Verlängerung von Laufzeiten für deren Atomkraftwerke zu streiten. Eine Politik zu Lasten des Mittelstandes.

Eine Ampel dürfte in ihrem reformerischen Anspruch nicht übertrieben werden, um nachfolgende Enttäuschungen zu vermeiden. Doch sie könnte ökologisch ein innovatives, gesellschaftspolitisch ein weltoffenes, sozialpolitisch ein verantwortliches und wirtschaftspolitisch ein modernes Deutschland repräsentieren. Ob es dafür eine Grundlage gibt, wird sich daran entscheiden, ob die FDP die Abenddämmerung des Neoliberalismus erkennt und die Kraft zu einer Neuorientierung des politischen Liberalismus hat.

Selbst dann bliebe ein solches Bündnis ein Konfliktbündnis. Aber vielleicht könnten die Deutschen von einer Ampel auch lernen, ihre Sehnsucht nach Konsens, »Durchregieren« und »Basta«-Politik zu verlieren. Sie müssten lernen, eine konflikthaft verfasste, pluralistische Gesellschaft zu akzeptieren, in der eben alle mit allen verhandeln müssen.

Jürgen Trittin (*1954)
Bundesminister a.D., seit 2005 stellvertretender
Vorsitzender der Bundestagsfraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
juergen.trittin@bundestag.de